

Ausbau der Betriebsrente

Studie: Wachsende Wertschätzung in der Bevölkerung.

Peter Thelen
Berlin

Ein stärkerer Ausbau der betrieblichen Altersversorgung ist nach Ansicht des ehemaligen Wirtschaftsweisen Bert Rürup der beste Weg, das künftig weiter sinkende Sicherungsniveau bei der gesetzlichen Rente auszugleichen. Nachdem er 2001 noch für eine obligatorische Einführung der Riester-Rente eingetreten sei, setze er heute auf die Betriebsrente, sagte Rürup aus Anlass der Veröffentlichung einer Studie zur Zukunft der Altersvorsorge, die das von ihm geleitete Handelsblatt Research Institute zusammen mit dem Prognos-Institut erstellt hat.

Wenn die Politik das Ziel habe, das Vertrauen der Bevölkerung in kapitalgedeckte Systeme der Alterssicherung wiederherzustellen, dürfe dies am ehesten über den Ausbau der BAV gelingen, heißt es auch in der Untersuchung, die vom Gesamtverband der Deutschen Versiche-

rungswirtschaft (GDV) in Auftrag gegeben wurde. Anders als private Rentenversicherungen genieße die Betriebsrente in der Bevölkerung wachsende Wertschätzung. Konkret wird in der Studie dafür plädiert, dass künftig auf Basis entsprechender Tarifverträge in allen Arbeitsverträgen eine automatische steuer- und beitragsfreie Umwandlung von vier Prozent des Einkommens in einen Betriebsrentenan-spruch vorgesehen wird. Nur wenn die Beschäftigten widersprechen, soll keine Umwandlung stattfinden (Opting-out-Modell).

Zudem schlägt die Studie vor, Arbeitgeber zu verpflichten, regelmäßig zumindest einen Teil ihrer durch Entgeltumwandlung eingesparten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung in die betriebliche Altersvorsorge einzuzahlen. Die beitragsfreie Gehaltsumwandlung sei schließlich nicht erfunden worden, um Unternehmen Kosten zu sparen, sondern um die Altersvorsorge zu fördern, sagte Rürup dazu.

Selbstständige ohne Angestellte, die über keine eigene Altersversorgung verfügen, sollen der Studie zufolge künftig in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert werden. An diesem Punkt liegt die Rürup-Studie mit der Versicherungswirtschaft am deutlichsten überkreuz. GDV-Präsident Alexander Erdland plädierte stattdessen dafür, die Riester-Rente für Selbstständige zu öffnen. Einig waren sich allerdings beide, dass die staatliche Förderung der Riester-Rente nach 12 Jahren endlich an die Inflation angepasst werden müsse. Die Förderung sei heute 30 Prozent weniger wert als bei Einführung der Riester-Rente 2002.

Heftige Kritik übte Studien-Autor Michael Böhmer vom Prognos-Institut an der aktuellen Rentenpolitik. Mütterrente und Rente mit 63 führen laut Studie dazu, dass der Rentenbeitrag bis 2030 die gesetzliche Obergrenze von 22 Prozent deutlich übertreffen und bis 2050 auf 24,4 Prozent steigen wird.

ihren Sorgen in der Politik durchaus Gehör und Verständnis:

Deutsche Europaabgeordnete protestierten am Dienstag lautstark im Parlament gegen den Verordnungsentwurf: „Made in Germany“ steht weltweit für höchste Qualität, vor allem bei Autos und Haushaltsgeräten“, sagte der Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher im FDP-Bundespräsidium, Michael Theurer. „Das dürfen wir nicht ohne Not aufs Spiel setzen.“ Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung, die einseitig auf den letzten Produktionsort abstelle, schaffe „keinerlei Transparenz für den Verbraucher“, schimpfte auch der Abgeordnete Andreas Schwab (CDU).

Innerhalb der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament gebe es erhebliche Meinungsverschiedenheiten über das Thema, heißt es in einem internen EVP-Bericht, der dem Handelsblatt vorliegt. Konservative deutsche Abgeordnete seien strikt gegen die Verordnung, südeuropäische hingegen dafür. Spanier und Italiener versprechen sich von der Verordnung einen Wettbewerbsvorteil für ihre Produkte, hieß es in Brüssel.

Schwab warnte aber vor Panikmache, schließlich müsse auch der EU-Ministerrat der Verordnung noch zustimmen: „Der aktuelle Made-in-Vorschlag wird nicht Gesetz werden, das zeigt schon der große Widerstand, den es auch unter den nationalen Regierungen gibt.“ Tatsächlich ist der Rechtstext im Ministerrat seit einem Jahr blockiert, da 16 von 28 EU-Staaten ihn strikt ablehnen.

Zu den entschiedenen Gegnern zählt auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD): Der Brüsseler Plan werde nur einen Haufen Bürokratie nach sich ziehen und Streit, was als inländische Produktion zu werten ist, sagte er am Dienstag. Er werde im Rat dagegen stimmen, betonte der SPD-Chef. „Das habe ich der Kommission auch schon gesagt.“



Streit um das Gütesiegel „made in Germany“.

Regierung will Waffendeals weiter geheim abwickeln

KARLSRUHE. Die Bundesregierung will den Bundestag auch weiter nur eingeschränkt über geplante Rüstungsexporte informieren. Das wurde am Dienstag in der mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts deutlich. Die Regierung sei sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament zwar bewusst, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Karlsruhe. Öffentliche Diskussionen über Rüstungsexporte seien angesichts der sensiblen Materie aber eine Frage des Zeitpunkts.

Den Richtern des Zweiten Senats liegt die Klage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Claudia Roth und Katja Keul vor. Sie werfen der Regierung vor, sie auf ihre Anfragen im Juli 2011 hin nicht genügend über den laut Medienberichten geplanten Export von rund 200 „Leopard“-Panthern nach Saudi-Arabien informiert

zu haben. De Maizière verwies auf das vergangene Woche vorgestellte Eckpunkt Papier von Union und SPD. Demnach soll die Öffentlichkeit künftig zweimal im Jahr über genehmigte Waffengeschäfte informiert werden. Der Bundestag soll binnen 14 Tagen nach den Entscheidungen von jeder Genehmigung erfahren.

„Der Bundestag ist kein Historikerseminar“, konterte Ströbele. Er sei dazu da, aktuell regulierend einzugreifen. Bei besonders sensiblen Waffendeals sollte das Parlament daher bereits in die Diskussion über mögliche Genehmigungen eingebunden werden.

De Maizière machte aber klar, „im Interesse einer verantwortlichen Außen- und Sicherheitspolitik“ nicht über das Eckpunkt Papier hinausgehen zu wollen. dpa

Kommentar Seite 13

Finance

10. Handelsblatt

CFO-Kongress 2014

3. und 4. Juli 2014, Hyatt Regency Mainz

EUROFORUM
Quality in Business Information



Von CFOs für CFOs

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft könnten besser nicht sein. Im jüngsten Globalreport korrigiert auch der Weltwährungsfonds (IWF) die Wachstumsprognose noch einmal nach oben. Für deutsche Unternehmen gilt es daher das derzeitige Umfeld optimal und nachhaltig zu nutzen. Dem Finanzvorstand kommt dabei eine besondere Rolle zu. Nur mit einer durchdachten Finanzierungs- und Investitionsstrategie kann Wachstum nachhaltig gelingen.

Unter der Leitung von Stefan Krause, CFO der Deutschen Bank AG und Arnd Zinnhardt, CFO der Software AG, diskutieren namhafte Finanzvorstände aktuelle Erfolgsstrategien und Maßnahmen.

Die weiteren Themen:

- ▶ Internationale Wachstumschancen nutzen und managen
- ▶ Erfolgsfaktoren von Change Projekten
- ▶ Expansion aus eigenen Mitteln finanzieren
- ▶ Refinanzierung, Börsengang, Akquisition

+ Exklusiver Teilnehmerkreis:
85% CFOs in 2013



Das Jahresevent für den Finanzvorstand, u. a. mit: Peter Gerber, Mitglied des Passagevorstands, Deutsche Lufthansa; Stefan Krause, Mitglied des Vorstands und Chief Financial Officer, Deutsche Bank (Moderation); Joachim Müller, CFO, Bilfinger; Thomas Treß, CFO, Borussia Dortmund; Klaus Werner, Geschäftsführer Finanzen, Telekom Deutschland; Arnd Zinnhardt, Chief Financial Officer (CFO) und Arbeitsdirektor, Software (Moderation)



Weitere Informationen unter:

www.cfo-kongress.de



Info-Telefon:

Janine Mouson, 0211.96 86 - 33 42

Handelsblatt

Substanz entscheidet.